LANDTAG RHEINLAND-PFALZ
17. Wahlperiode

Drucksache 17/9005
zu Drucksache 17/8771
23. 04 2019

Antwort

des Ministeriums des Innern und für Sport

auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Damian Lohr (AfD)
– Drucksache 17/8771 –

Demo gegen Sarrazin-Auftritt in Nierstein – Verbindungen zu linksextremer Antifa

Die **Kleine Anfrage – Drucksache 17/8771 –** vom 26. März 2019 hat folgenden Wortlaut:

Am 18. März 2019 kam es zu einem Auftritt von Thilo Sarrazin (SPD) im Bürgerhaus in Nierstein-Schwabsburg. Laut einem Bericht der Allgemeinen Zeitung vom 19. März 2019 demonstrierte hiergegen die SPD, unter anderem der Ortsvorsteher-Kandidat Benjamin Loos. Außerdem wehten auf der Demonstration „Fahnen von Linken, Grünen, Piraten, Antifa und der Wählergruppe NEU“.
Ich frage die Landesregierung:

1. Bestehen seitens der Landesregierung Befürchtungen, dass durch eine gemeinsame Teilnahme an Demonstrationen von Parteien bzw. Organisationen mit der ggf. vom Verfassungsschutz beobachteten linksextremen Antifa diese dadurch eine Verstärkung der Aktivitäten erfahren könnte?
2. Sind der Landesregierung Aktivitäten zwischen der linksextremen Antifa und der Vereinigung „Rheinhessen gegen Rechts“ bekannt?
3. Liegen der Landesregierung Erkenntnisse darüber vor, welche weiteren Veranstaltungen/Demonstrationen im Gebiet der Verbandsgemeinde Rhein-Selz gemeinsam von linksextremer Antifa und anderen Parteien bzw. Organisationen durchgeführt wurden?
4. Hat die Landesregierung Erkenntnisse darüber, welche weiteren Veranstaltungen/Demonstrationen gemeinsam von linksextremer Antifa und der Vereinigung „Rheinhessen gegen Rechts“ durchgeführt wurden?

Das **Ministerium des Innern und für Sport** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 18. April 2019 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Die Landesregierung bekämpft entschieden jegliche Formen von Extremismus. Wie im Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2017 bereits ausgeführt wurde, verhält sich die linksextremistische gewaltorientierte Szene in Rheinland-Pfalz eher unauffällig; sie handelt mit geringem Wirkungsgrad hauptsächlich anlassbezogen und reaktiv. Die Mobilisierungsfähigkeit und das Aktionsniveau sind mehr vom Veranstaltungsthema und weniger von einer organisierenden Gruppe abhängig. Ideologische Schwerpunkte sind dabei nur bedingt auszumachen.

Aktionismus geht regelmäßig von örtlichen Akteuren und Gruppierungen aus, die anlässlich bürgerlicher Proteste gegen Veranstaltungen/Versammlungen rechtsextremistischer oder rechtspopulistischer Parteien/Organisationen mobilisieren und oftmals gemeinsam mit Aktivisten aus den angrenzenden Bundesländern (Blockade-)Aktionen initiieren. Im Rahmen ihrer gesetzlichen Beobachtungsaufgaben ist der rheinland-pfälzischen Verfassungsschutzbehörde bekannt, dass Linksextremisten in diesem Zusammenhang mitunter den Anschluss an zivilgesellschaftliche (nichtextremistische) Protestaktionen suchen.

Der rheinland-pfälzische Verfassungsschutz beobachtet im Rahmen seines gesetzlichen Auftrages Gruppierungen, von denen Bestrebungen oder Tätigkeiten ausgehen, die die Beseitigung oder Beeinträchtigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zum Ziel haben.

Dies trifft in Rheinland-Pfalz auch für mehrere sogenannte Antifa-Gruppen zu. Diese agieren überwiegend in den Oberzentren und teilweise nur über das Internet. Ihre geschätzte Mitgliederzahl bewegt sich jeweils im einstelligen Bereich.

Zu den Fragen 2 bis 4:

Der Landesregierung liegen keine Erkenntnisse im Sinne der Fragestellungen vor.

In Vertretung:
Randolf Stich
Staatssekretär

Druck: Landtag Rheinland-Pfalz, 2. Mai 2019